

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Kosntantin Kuhle, Stephan Thomaе, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/18802 –**

Desinformation in der Coronakrise

Vorbemerkung der Fragesteller

Im Januar 2020 erreichte das neuartige Coronavirus SARS-CoV-2 Deutschland. Ein Mann aus Bayern hatte sich auf einer Chinareise infiziert. Seit sich das Virus weiter weltweit ausbreitet, ist zu beobachten, dass auch die Auseinandersetzung über die Deutungshoheit rund um das Virus und seine Ursachen immer weiter zunimmt – etwa durch gezielte Desinformationskampagnen und die massive Nutzung sozialer Medien durch staatliche oder staatlich unterstützte Akteure mit Auslandsbezug, aber auch durch Bezüge zu extremistischen Tendenzen im Inland.

Mit Blick auf das Ausland heißt es etwa in einem aktuellen Bericht des Europäischen Auswärtigen Dienstes, einzelne Staaten würden versuchen, die öffentliche Gesundheitskrise zu nutzen, um geopolitische Interessen zu verfolgen. Insbesondere Russland und China würden die Pandemie im eigenen Interesse nutzen, um die Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit der Europäischen Union in Frage zu stellen. Die koordinierte Verbreitung von Desinformation ziele innerhalb und außerhalb der EU darauf ab, gefährdete Minderheiten als Ursache für die Pandemie zu benennen und Misstrauen gegenüber den Fähigkeiten und Kompetenzen demokratischer Institutionen zu säen. Dies erfolge auch, indem beispielsweise über chinesische oder russische Hilfe für EU-Mitgliedstaaten ausführlich berichtet werde – verbunden mit der Unterstellung, durch die EU und andere EU-Mitgliedstaaten erfolge keine Hilfe (vgl. <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/in-zeiten-von-corona-eu-kaempft-gegen-fake-news-und-desinformation,RvuxogE>; East StratCom Task Force der Europäischen Kommission, <https://euvdisinfo.eu/eeas-special-report-update-short-assessment-of-narratives-and-disinformation-around-the-covid-19-pandemic/>; letzter Abruf jeweils 12. April 2020).

Der Bericht stellt besonders auf die verstärkende Rolle der sozialen Medien ab: Desinformationen und falsche Gesundheitshinweise zum Virus seien in sozialen Medien weiterhin im Umlauf. Sputnik Deutschland stütze auf Facebook und Twitter zum Beispiel weiterhin die Behauptung, „Händewaschen hilft nicht“. Von den auf RT und Sputnik zum Thema SARS-CoV-2/COVID-19 veröffentlichten Inhalten sei in den sozialen Medien am meisten mit Artikeln interagiert worden, die Verschwörungstheorien wie: das Virus wurde „von Menschenhand geschaffen“ oder „absichtlich verbreitet“, enthielten. Auf In-

stagram würden sich mehrere Videos in italienischer Sprache großer Beliebtheit erfreuen, in denen Menschen die EU-Flagge gegen die russische Flagge eintauschen oder bei denen russische Militärfahrzeuge auf italienischen Straßen Präsenz zeigen (vgl. East StratCom Task Force der Europäischen Kommission, a. a. O.).

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) teilte mit, dass chinesische Nachrichtendienste im Hinblick auf SARS-CoV-2/COVID-19 auch in Deutschland eine intensiviertere Informationspolitik und Propagandapolitik betreiben würden (vgl. <https://www.welt.de/politik/ausland/article207210613/Corona-China-versucht-deutsche-Beamte-zu-Lob-zu-draengen.html>; letzter Abruf 12. April 2020). Die Volksrepublik versuche, die Rolle Chinas als Ursprungsland des Virus in Zweifel zu ziehen und seinen Einsatz als Hilfeleistender für westliche Länder hervorzuheben, „um die Volksrepublik als verlässlichen und besonnenen Krisenbewältiger darzustellen.“

Am 2. März 2020 führte der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestages eine Anhörung zum Thema „Schutz der liberalen Demokratie in Europa“ durch, bei der auch ein Antrag der Fraktion der FDP zum selben Thema (Bundestagsdrucksache 19/9225) Gegenstand der Beratungen war. In der Anhörung warnten einzelne Sachverständige auch davor, dass gezielte Desinformation zunehmend die politische Willensbildung in der Europäischen Union beeinflusse. Deutschland und die EU müssten die Forschung zu politischer Kommunikation und Meinungsmanipulation stärker vorantreiben und gemeinsame Gegenstrategien entwickeln (vgl. Kurzmeldungen (hib) vom 2. März 2020, Experten sehen Gefahren für Demokratie, abrufbar unter <https://www.bundestag.de/presse/hib/684838-684838>; letzter Abruf: 14. April 2020).

Im Antrag der Fraktion der FDP auf Bundestagsdrucksache 19/9225 fordert diese die Bundesregierung auf, bei der Aufstellung des Bundeshaushalts der Schnittstelle von Öffentlichkeitsarbeit und Diplomatie (Public Diplomacy) eine stärkere Bedeutung beizumessen. Public Diplomacy beschreibt den Teil moderner Diplomatie, der als Adressat insbesondere ausländische Öffentlichkeiten zum Ziel hat, um dort Zustimmung und Verständnis für das eigene Land bzw. die eigene Politik zu generieren (Ostrowski 2010, S. 15).

Auch mit Blick auf extremistische Gruppierungen im Inland ist die SARS-CoV-2/COVID-19-Pandemie Anlass für gezielte Desinformation. Dazu führte Thomas Haldenwang, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, aus, das Virus finde in der rechtsextremistischen Szene „große Beachtung“. Die Pandemie werde zum Anlass genommen, das Vertrauen in die Bundesregierung zu untergraben, „Verschwörungstheorien zu verbreiten und Migranten als Überträger des Virus zu brandmarken“ (vgl. <https://www.dw.com/de/desinformation-und-nazi-propaganda-zur-corona-pandemie/a-52985380>).

1. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über eine Zunahme von Desinformationen oder Desinformationskampagnen aus dem Ausland, insbesondere durch staatliche oder staatlich unterstützte Akteure von außerhalb der EU, im Zusammenhang mit der weltweiten SARS-CoV-2-Pandemie?
 - a) Welche Medien oder Kanäle sind hier betroffen?

Die Fragen 1 und 1 a) werden zusammen beantwortet. Die Bundesregierung beobachtet im Zusammenhang mit der SARS-CoV-2-Pandemie einen substantiellen Anstieg des Kommunikationsaufkommens weltweit. Insgesamt werden im Zusammenhang mit der Pandemie neben seriösen Informationen auch Halbwahrheiten, Verschwörungstheorien und gezielte Desinformation verbreitet. Zu den Kanälen zählen unter anderem Printmedien, TV und Rundfunk sowie vorrangig das Internet (Nachrichtenseiten, Webportale, Blogs, soziale Netzwerke, Messengerdienste).

- b) Welchen Staaten sind die Akteure jeweils zuzuordnen?

Die Bundesregierung befasst sich mit dem Phänomen Desinformation als Ganzes, um Strukturen, Funktionsweise und Hintergründe zu analysieren; eine statistische Aufbereitung von Fällen nach Ländern erfolgt nicht.

2. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über eine Zunahme von Desinformationen oder Desinformationskampagnen aus dem Inland, insbesondere durch extremistische Gruppierungen, im Zusammenhang mit der weltweiten SARS-CoV-2-Pandemie?
 - a) Welche Medien oder Kanäle sind hier betroffen?
 - b) Welchen Extremismus-Phänomenbereichen sind die Akteure jeweils zuzuordnen?

Die Fragen 2, 2 a) und b) werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Im Phänomenbereich Rechtsextremismus/-terrorismus wird im Zusammenhang mit der aktuellen Corona-Lage auf unterschiedlichen Plattformen im Internet und in den sozialen Medien eine Vielzahl von Beiträgen mit verschwörungstheoretischen Inhalten gepostet, darunter rassistische und antisemitische Narrative und Stimmen, die eine Ausnutzung der Krise durch die Bundesregierung zur Aushebelung von Grundrechten, insbesondere der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, behaupten.

Im Phänomenbereich Linksextremismus/-terrorismus ist zu verzeichnen, dass deutsche Linksextremisten die Corona-Pandemie in zahlreichen politischen Stellungnahmen insbesondere im Internet thematisieren und ihre Kritik etwa an den staatlichen Schutzmaßnahmen ideologisch begründen. Gezielt eingesetzte Desinformation, die über ideologisch begründete Grundhaltungen oder Diskreditierung hinausgeht, wurde bisher nicht bekannt.

Eine unmittelbar auf Deutschland bezogene Instrumentalisierung der Corona-Krise durch Islamisten im Sinne einer Desinformationskampagne ist bislang nicht erkennbar. Im Phänomenbereich „Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern (ohne Islamismus)“ liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse zu einer gezielten Desinformationskampagne vor.

3. Welche Verbindungen bestehen nach Erkenntnissen der Bundesregierung zwischen Desinformationen oder Desinformationskampagnen aus dem Ausland, insbesondere durch staatliche oder staatlich unterstützte Akteure von außerhalb der EU, und Desinformationen oder Desinformationskampagnen aus dem Inland, insbesondere durch extremistische Gruppierungen, im Zusammenhang mit der weltweiten SARS-CoV-2-Pandemie?

Wenngleich ausländische und extremistische Akteure sich teilweise ähnlicher Narrative bedienen und aufeinander Bezug nehmen, kann eine zielgerichtete Einflussnahme aus dem Ausland durch staatliche oder staatlich unterstützte Akteure (von außerhalb der EU) auf extremistische Personen und/oder Personenzusammenschlüsse in Deutschland bisher nicht festgestellt werden. Darüber hinaus wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

4. Welche politischen Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus Erkenntnissen zu einer Zunahme von Desinformationen oder Desinformationskampagnen aus dem Ausland, insbesondere durch staatliche oder staatlich unterstützte Akteure von außerhalb der EU, im Zusammenhang mit der weltweiten SARS-CoV-2-Pandemie?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 b) verwiesen. Die Bundesregierung hat das grundsätzliche Thema Desinformation durch staatliche Akteure von außerhalb der EU wiederholt mit ihren Partnern in der EU, im G7-Kreis und in der NATO auch auf Ministerienebene diskutiert und wiederholt auch in Erklärungen und in bilateralen Gesprächen klar Stellung bezogen.

Um Desinformationen zu begegnen, hat die Bundesregierung mit ihren Partnern eine intensiviertere Zusammenarbeit vereinbart. Dabei setzt sie auf eine transparente und faktenbasierte Kommunikation zu gelebter europäischer Solidarität und entschiedenem Krisenmanagement liberaler Demokratien. Auch die im Rahmen ihrer eigenen Öffentlichkeitsarbeit verstärkte faktenbasierte Kommunikation der Bundesregierung im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie, der unabhängige und professionelle Journalismus sowie die Stärkung gesellschaftlicher Resilienz und der Erhalt einer vielfältigen Medienlandschaft sind wichtige Instrumente gegen Desinformation.

Zur stärkeren Sensibilisierung und Resilienz der Öffentlichkeit für Desinformation hat die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) bereits Maßnahmen und Produkte in verschiedener Weise entwickelt, um auf das Phänomen „Desinformation“ durch Multimedia-, Print- oder Veranstaltungsformate aufmerksam zu machen. Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) berichtet bereits seit dem Jahr 2014 in seinen jährlichen Verfassungsschutzberichten sowie im Rahmen von Sicherheitstagen zu Einflussnahmeaktivitäten mittels Desinformation. Diese ist auch Gegenstand der Präventionsarbeit des BfV für Politik und Verwaltung sowie Wirtschaft und Wissenschaft.

5. Welche politischen Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus Erkenntnissen zu einer Zunahme von Desinformationen oder Desinformationskampagnen aus dem Inland, insbesondere durch extremistische Gruppierungen, im Zusammenhang mit der weltweiten SARS-CoV-2-Pandemie?

Die Sicherheitsbehörden beobachten intensiv die Informationspolitik extremistischer Gruppierungen mit Bezug zu COVID-19 im Rahmen ihrer rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten.

6. Hat die Bundesregierung ihre Aktivitäten im Bereich der Public Diplomacy im Zuge der weltweiten SARS-CoV-2-Pandemie angepasst?

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA) bietet auf der neugestalteten zentralen Webseite der Bundesregierung (www.bundesregierung.de) ein breitgefächertes Informationsangebot in mehreren Sprachen zum Regierungshandeln sowie Antworten auf Fragen zum gesamten Themenkomplex COVID-19-Pandemie. Hier findet sich auch die neue Audio-Podcast-Reihe „Corona aktuell“ mit 20 bis 30-minütigen Befragungen von Wissenschaftlern und Regierungsmitgliedern durch einen Journalisten.

Im Zuge der weltweiten SARS-CoV-2-Pandemie hat das Auswärtige Amt seine faktenbasierte strategische Auslandskommunikation verstärkt. Die Zentrale des Auswärtigen Amtes, die Auslandsvertretungen, die drei Regionalen Deutsch-

landzentren sowie die vom Auswärtigen Amt beauftragte Plattform Deutschland.de haben ihre entsprechende Kommunikation gesteigert.

Auch im Inland hat das Auswärtige Amt seine Öffentlichkeitsarbeit angepasst, indem es Dialogformate mit Bürgerinnen und Bürgern in den digitalen Raum verlagert. So wurden unter anderem am 15. April 2020 ein Live-Chat des Staatsministers für Europa, Michael Roth, mit dem Influencer Robin Blase auf dessen Youtube-Kanal und am 29. April 2020 ein Gaming-Stream mit einem Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes über Fragen von Isolation, Stress und Krisenerfahrungen über die Plattform Twitch durchgeführt. Weitere Digitalformate sind in Vorbereitung. Auch die Podcasts mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes auf www.diplo.de („Podcasts vom Posten“) werden nun in dichter Folge angeboten.

7. Welche Projekte im Bereich der Public Diplomacy fördert die Bundesregierung im Inland sowie Ausland in welcher Höhe?

Im Zuge der Pandemie wurde die Auslandskommunikation verstärkt (vgl. Antwort zu Frage 6). Darüber hinaus ist besonders auch in Krisenzeiten das Angebot von Deutsche Welle, die sich aus Zuschüssen der Bundesregierung finanziert, eine unverzichtbare objektive Informationsquelle im Ausland.

8. Nimmt die Bundesrepublik Deutschland an Projekten der Europäischen Union im Bereich Public Diplomacy teil?

Es wird auf die Antworten zu den Fragen 4 und 9 verwiesen.

9. Welche Anstrengungen der Europäischen Union gegen irreführende Informationskampagnen durch fremde Staaten im Zuge der Coronapandemie sind der Bundesregierung bekannt?

Gibt es ein abgestimmtes Vorgehen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union gegen solche Kampagnen?

Die Bundesregierung begrüßt die Arbeit des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), insbesondere der StratCom Task Forces (East, South, Western Balkans) im Umgang mit Desinformation. Unter anderem beteiligt sich die Bundesregierung deshalb am Schnellwarnsystem („Rapid Alert System“/RAS) der Europäischen Union (EU). Neben einem intensiven Austausch zu beobachteter Desinformation werden dort auch breitere Analysen geteilt und mögliche kommunikative Reaktionen abgestimmt.

10. Was unternimmt die Bundesregierung, um im von ihr skizzierten „Wettbewerb der Narrative“ (s. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/realistisches-bild-von-deutschland-vermitteln-1568924>, letzter Abruf 6. April 2020) durch Public Diplomacy mitzuhalten?

Als Reaktion auf die Entwicklungen der Kommunikation und das verstärkte Aufkommen von Propaganda und Desinformation baut die Bundesregierung ihre Strategische Kommunikation aus. Das Auswärtige Amt mit Zentrale und Auslandsvertretungen, die Regionalen Deutschlandzentren sowie die vom Auswärtigen Amt beauftragte Plattform Deutschland.de betreiben eine faktenbasierte Auslandskommunikation. Das Auswärtige Amt fördert zudem Projekte zur Unterstützung freier Medien, insbesondere durch den Multimedialen Fremdsprachendienst (MFD), der Produkte der Deutschen Welle und der dpa in

ausgewählten Sprachen und Regionen zur Nutzung durch Multiplikatoren teilt. Das ist ein Instrument zum Einsatz des Qualitätsjournalismus gegen die Propaganda und Desinformation autoritärer Akteure.

11. Mit welcher Strategie arbeitet die Bundesregierung im Bereich der Digital Diplomacy?

Welche Stelle in der Bundesregierung koordiniert diese?

Das Auswärtige Amt verfügt seit dem Jahr 2019 über eine Digitalisierungsstrategie, die auch den Bereich Digital Diplomacy betrifft. Zusammen mit dem EAD und Frankreich treibt das Auswärtige Amt zudem die Gründung eines neuartigen Digital Diplomacy Networks unter den EU Mitgliedsstaaten voran. Das Auswärtige Amt koordiniert seine Digitalisierungsstrategie selbst.

12. Welche „autoritären Mächte“ meint die Bundesregierung, wenn sie von „vielfältigen Anstrengungen“ (vgl. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/realistisches-bild-von-deutschland-vermitteln-1568924>, letzter Abruf 6. April 2020) spricht, mit denen diese durch Public Diplomacy ihr Werte- und Interessenmodell durchsetzen wollen?

Insbesondere autokratisch verfasste Staaten sind bestrebt, ihr Modell einer Gesellschaftsordnung sowie einer internationalen Ordnung durch gezielte Maßnahmen der Propaganda und Desinformation außenpolitisch durchzusetzen. Es wird zudem auf die Antwort zu Frage 1 b) verwiesen.

13. Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Vorgehen der Volksrepublik China, wonach chinesische Offizielle im Hinblick auf die Coronakrise eine intensivierete Informationspolitik und Propagandapolitik betreiben (vgl. Zitat BfV <https://www.welt.de/politik/ausland/article207210613/Corona-China-versucht-deutsche-Beamte-zu-Lob-zu-draengen.html>, letzter Abruf 12. April 2020)?

Gibt es andere Staaten, die im Zuge der Coronakrise eine solche intensivierete Informationspolitik und Propagandapolitik betreiben?

14. Welche Gegenmaßnahmen unternimmt die Bundesregierung oder die Europäische Union gegen diese intensivierete Informationspolitik und Propagandapolitik in Bezug auf die Volksrepublik China, aber auch in Bezug auf andere in der Antwort auf die vorherige Frage genannten Staaten?

Die Fragen 13 und 14 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung setzt sich für eine faktenbasierte Kommunikation in Bezug auf die Corona-Krise ein. In diesem Zusammenhang unterstützt die Bundesregierung auch die Aktivitäten des EAD, in Europa wirksame Desinformationskampagnen gleich welchen Ursprungs zu identifizieren und dafür zu sensibilisieren.

Gemeinsam mit europäischen Partnern setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass Transparenz, Offenheit und demokratischer Pluralismus als Schlüssel für erfolgreiche Pandemiebekämpfung wahrgenommen werden.

15. Wie viele Fälle von Kontaktaufnahmen chinesischer Offizieller zu Beamten und Mitarbeitern deutscher Bundesministerien sind der Bundesregierung im Zusammenhang mit der sogenannten Coronakrise bekannt (vgl. <https://www.welt.de/politik/ausland/article207210613/Corona-China-versucht-deutsche-Beamte-zu-Lob-zu-draengen.html>)?
- Wie sind die chinesischen Offiziellen dabei vorgegangen?
 - Wie viele solcher Kontaktaufnahmen, sowohl der Volksrepublik China als auch anderer Staaten, sind der Bundesregierung für die Jahre 2015 bis heute bekannt (bitte nach Jahr aufschlüsseln)?
 - Sind der Bundesregierung aktuelle oder vergangene Fälle bekannt, in denen deutsche Beamte auf solche Kontaktaufnahmen eingegangen sind?

Die Fragen 15 und 15a) bis c) werden wegen ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet:

Die Bundesregierung verweist auf ihre Antworten zu den Schriftlichen Fragen der Abgeordneten Bause und der Abgeordneten Dr. Brantner in Bundestagsdrucksache Nr. 19/19240 vom 15. Mai 2020. Weitere vergleichbare Kontaktaufnahmen im Sinne der Fragestellung haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung nicht ergeben.

- Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Stellungnahme der chinesischen Botschaft, wonach es „keine Versuche gegeben hätte, deutsche Beamte zu positiven Äußerungen über China zu bewegen“ und Berichte darüber „unwahr und auch verantwortungslos“ seien (vgl. <http://de.china-embassy.org/det/gsw/t1770077.htm>, letzter Abruf 15. April 2020)?

Es bleibt einer diplomatischen Mission und ihrem Personal unbenommen, im Empfangsstaat innerhalb der völkerrechtlich zulässigen Grenzen politische Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und sich dabei auch zu Angelegenheiten und Entwicklungen im Empfangsstaat öffentlich zu äußern. Dies gilt für die Botschaft der Volksrepublik China in Berlin genauso wie für die deutsche Botschaft in Peking.

- Welche Multiplikatoren chinesischer Informationspolitik und Propagandapolitik innerhalb Deutschlands in Form von Vereinen, Unternehmen oder Thinktanks sind der Bundesregierung bekannt?

Die Volksrepublik China betreibt aktuell im Zusammenhang mit der Coronakrise eine intensive Kommunikation. Im Vordergrund stehen dabei die Absicht, die Krisenlösungskompetenz von Staat und Partei hervorzuheben und die weltweiten Unterstützungsleistungen der Volksrepublik China besonders zu betonen. Als Multiplikatoren der chinesischen Informationspolitik dienen in Deutschland insbesondere die diplomatischen Vertretungen. Auf der Webseite der chinesischen Botschaft wurden diverse Stellungnahmen als Reaktion auf kritische Beiträge zur Rolle Chinas beim Ausbruch und der Bekämpfung des Virus in deutschen Medien veröffentlicht. Darüber hinaus wird das chinesische Narrativ auch über die in Deutschland abrufbaren chinesischen Staatsmedien verbreitet.

16. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die aktuelle Anordnung der chinesischen Regierung, jegliche Forschungspublikationen zur Herkunft des Coronavirus durch chinesische Universitäten zurückzuhalten (vgl. <https://www.theguardian.com/world/2020/apr/11/china-clampin-g-down-on-coronavirus-research-deleted-pages-suggest>)?

Der Bundesregierung ist der zitierte Artikel bekannt. Weitere Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung liegen ihr nicht vor.

Allgemein sieht die Bundesregierung anhaltend negative Entwicklungen bei der Meinungs- und Forschungsfreiheit in China mit großer Sorge. Die Bundesregierung wirbt im Rahmen ihrer bilateralen Forschungszusammenarbeit mit chinesischen Partnern für die Freiheit von Forschung und Lehre.

17. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass die Volksrepublik China ihre Präsenz in den sozialen Netzwerken Facebook und Twitter in den letzten Monaten im Zuge der Coronakrise verdreifacht hat (vgl. <https://www.wsj.com/articles/china-pushes-viral-messages-to-shape-coronavirus-narrative-11586516402>, letzter Abruf 12. April 2020), und wie bewertet die Bundesregierung dies?

Der Anstieg der Social-Media-Aktivitäten im Sinne der Fragestellung kann nicht quantifiziert werden. Nach Kenntnis der Bundesregierung verfügt die Botschaft der Volksrepublik China in Deutschland nicht über einen Facebook Account und erst seit Dezember 2019 über einen Twitter-Account.

Nach Einschätzung der Bundesregierung haben die chinesische Regierung und chinesische Staatsmedien ihre Präsenz in den sozialen Netzwerken Facebook und Twitter deutlich verstärkt.

18. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Herkunft antisemitischer Verschwörungsmymen, die die SARS-CoV-2-Pandemie thematisieren und speziell in diesem Zusammenhang Verbreitung finden (vgl. <https://www.tagesschau.de/investigativ/br-recherche/corona-antisemitismus-101.html>, letzter Abruf 16. April 2020)?

Antisemitische Verschwörungsmymen finden nach Kenntnis der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Sars-CoV-2-Pandemie weltweit in verschiedenen Sprachen und auf allen gängigen Social-Media-Plattformen Verbreitung. Im Rahmen des von der Hochschule Esslingen mit Förderung des Bundeskriminalamtes durchgeführten Projekts „Kontrolle Internetpropaganda“ (KIP) wurden antisemitische Verschwörungstheorien rechtsextremistischer und islamistischer Gruppen in englischer und arabischer Sprache gesichtet, die gegen Juden und den Staat Israel hetzen. Erkenntnisse über die Herkunft der Verbreitungen liegen nicht vor.

19. Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, dass im Zuge der SARS-CoV-2-Pandemie jüdenfeindliche Inhalte im Web 2.0 über die bisherigen rechtsextremistischen Kreise hinaus Anschluss finden und durch Rezeption und Reproduktion nichtextremistischer User der Mitte weitere Verbreitung finden (vgl. <https://www.tagesschau.de/investigativ/br-recherche/corona-antisemitismus-101.html>, letzter Abruf 16. April 2020)?

Nach Einschätzung der Bundesregierung versuchen rechtsextremistische Gruppen, die Corona-Pandemie propagandistisch auszunutzen, indem bereits existierende Vorbehalte gegenüber Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma oder Schutzsuchende (Geflüchtete) neu geschürt und mit dem Virus assoziiert werden. Die im Rahmen des Projekts KIP vorliegenden Erkenntnisse verweisen auf eine gezielte Kommunikationsstrategie rechtsextremistischer Gruppen, die Hassbotschaften in anschlussfähige „moderate“ Narrative einfügen, um diese in die breite Öffentlichkeit zu tragen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.